

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und  
zwar Dienstag, Donner-  
stag und Sonnabend. In-  
sertionspreis: die kleinste  
Zeile 10 Pf.

**Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock**  
und dessen Umgebung.

**Abonnement**  
vierteljährlich 1 M. 20 Pf.  
(incl. Bringerlohn) in der  
Expedition, bei unsern Bo-  
ten, sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

**Nr. 151.**

31. Jahrgang.

Sonnabend, den 20. December

**1884.**

## Bekanntmachung.

Im Monat November 1884 betrogen die in dem Hauptmarktorthe Zwidau für den Lieferungsverband der unterzeichneten königlichen Amtshauptmannschaft maßgebenden Durchschnittspreise für Fourageartikel

6 M. 85 Pf. für 50 Ro. Hafer,  
3 = 50 = = 50 = Heu und  
2 = 50 = = 50 = Stroh.

Anordnungsgemäß wird Solches zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

**Königl. Amtshauptmannschaft Schwarzenberg,**

am 17. December 1884.

Frhr. v. Wirting.

St.

Von dem unterzeichneten Amtsgerichte sollen

**den 28. Februar 1885**

die dem Tagelöhner Alexander Dominikus Glanz in Carlsfeld zugehörigen Grundstücke, als:

1) Hausgrundstück mit Garten Nr. 47 des Katasters, Nr. 38 und 39 des Flurbuchs, Fol. 45 des Grund- und Hypothekensuchs für Carlsfeld, ingleichen

2) Feld und Wiese Nr. 112 und 113 des Flurbuchs, Fol. 46 desselben Grund- und Hypothekensuchs,

welche Grundstücke am 10. December 1884 ohne Berücksichtigung der Oblasten auf

**ad 1 4500 M.** und

**„ 2 700 „**

gewürdet worden sind, nothwendiger Weise versteigert werden, was unter Bezugnahme auf den an hiesiger Gerichtsstelle aushängenden Anschlag hierdurch bekannt gemacht wird.

Eibenstock, am 11. December 1884.

**Königl. Sächs. Amtsgericht das.**

Ebert, Adj. u. S.-R.

Gruhle, G.-S.

## Die braunschweigische Erbfolgefrage

Ist durch einen anscheinend officiösen Artikel der „Politischen Correspondenz“ wieder in den Kreis allgemeiner Diskussion gerückt worden. Jener Artikel besagt, es sei eine äußerst geschickte Agitation zu Gunsten des Herzogs von Cumberland eingeleitet worden, nicht bei den deutschen Fürsten, sondern in Braunschweig selbst. Es liege die Sorge nahe, daß das Jahr, welches verabredetermaßen für die Erledigung der braunschweigischen Thronfolge bleibt, von den Führern des Welfenthums noch nach Kräften ausgenutzt werden würde, um unter Berufung auf Monarchie, Legitimität und Religion Elemente wachzurufen, die sich ebenso gegen die innere Sicherheit des Reiches, wie für den welfischen Erbfolgeanspruch verwenden lassen. Es wird aus diesem Grunde eine schleunigere Erledigung der Thronfolgefrage empfohlen.

Als die maßgebenden Factoren Braunschweigs das Regentenschaftsgesetz schufen, wurden sie zweifellos von der Ansicht geleitet, erstens, daß sich die Thronfolge nicht in einfacher Weise regeln würde, und zweitens, daß Zeit und Ueberlegung erforderlich seien, um die verschiedenartig sich kreuzenden Interessen gegen einander genau abzuwägen und Ueberraschungen auszuschließen. Bisher ist denn auch Alles seinen legalen Weg gegangen. Weber Preußen als mächtiger Nachbarstaat, noch das Reich haben sich irgendwie in die Verhältnisse Braunschweigs eingemischt, sie werden das auch sicher fernerhin nicht thun, wenn Braunschweig, vertreten durch seinen Regentenschaftsrath, das Ministerium und den Landtag, auch die Anforderungen respectirt, die das Reich wegen seiner Sicherheit an die Einzelstaaten zu stellen berechtigt, ja verpflichtet ist.

Das Land Braunschweig hat also das freie Selbstbestimmungsrecht, d. h. etwa diejenige Freiheit, die im modernen Staat jeder Bürger genießt und die nur an der Gleichberechtigung seiner Mitbürger und in dem staatlichen Rechtsschutz Aller ihre Schranken findet. Aus diesem Grunde ist nicht abzusehen, warum das im Regentenschaftsgesetz vorausgesehene Provisorium von einem Jahre voll ausgenutzt werden sollte; innerhalb dieses Jahres muß die Entscheidung über die künftige Gestaltung der Dinge getroffen werden. Nun haben sich aber die Ansichten bisher sicher soweit geklärt, daß man an die Entscheidung herantreten und der immerhin beunruhigenden Ungewißheit ein Ende machen könnte.

Eine Thatsache ist es, mit der das braunschweigische Land rechnen muß: Die Thronfolge des Herzogs von Cumberland in Braunschweig ist unmöglich. Das Reich, die deutschen Fürsten, selbst diejenigen, welche das Souveränitätsprincip über das Princip politischer Nothwendigkeit stellen, würden dieser Thronfolge nicht zustimmen. Es kommt dazu, daß die Rechte des Herzogs auf den Thron durchaus nicht unbestritten sind — aber wo giebt es einen unabhängigen Gerichtshof, der über Fürstenrechte entscheidet? — Unter den übrigen deutschen Fürsten giebt es keinen, der einen begründeten Anspruch auf den Thron Braunschweigs erheben könnte. Jene Angaben aus den Geschlechtsregistern, welche den

Nachweis der Erbberichtigung des einen oder andern begründen sollen, zeigen nur, daß nach den Grundsätzen der Legitimität ein vollkommen berechtigter Erbe Braunschweigs absolut nicht vorhanden ist.

In früheren Jahrhunderten hätte in diesem Falle zweifellos der nächste Mächtige zugegriffen und die Erbfolge in seinem Sinne erledigt; im ungünstigeren Falle wäre ein Erbfolgekrieg entbrannt, dessen Kosten das strittige Land meistens selbst zu tragen hätte. Heute ist das anders geworden. Es darf nicht verschwiegen werden, daß seit 1866 ein gewisses Mißtrauen gegen Preußen bestand; aber Fürst Bismarck hat erst leztlich erklärt, daß die deutschen Kleinstaaten der Mordel für die größeren seien. Die Auffassung hat ihre volle Berechtigung und daher ist die Selbstständigkeit Braunschweigs nicht gefährdet. Eine baldige Erledigung der Thronfolge wäre aber trotzdem schon deshalb zu wünschen, daß die Ungewißheit ebenso wie gewisse Agitationen ein Ende nehmen, die das Land nur in Ungelegenheiten bringen können.

## Tagesgeschichte.

— Deutschland. Bezüglich West-Afrika gehen, sagt die „N. A. Z.“, dem auswärtigen Amte gegenwärtig aus allen Gegenden Deutschlands zahlreiche Gesuche der mannigfaltigsten Art zu. Es wird theils um Belehrung und Auskunft über die dortigen Verhältnisse, theils um Beförderung nach den unter deutsche Oberhoheit gestellten Gebieten gebeten, besonders häufig aber sind Gesuche um dienstliche Anstellung und Verwendung daselbst. Demgegenüber theilen wir mit, daß das auswärtige Amt unter den gegenwärtigen Verhältnissen außer Stande ist, derartige Gesuche zu berücksichtigen oder im Einzelnen zu beantworten. Anträge und Wünsche der erwähnten Art können bisher nur von den Handelshäusern beantwortet werden, welche zur Zeit Niederlassungen in den unter deutschen Schutz gestellten Gebieten in Westafrika besitzen.

— Es scheint sich zu bestätigen, daß am 15. d. überall in den deutschen Garnisonen bei den Soldaten eine Durchsuchung nach Briefschaften und Schriften sozialdemokratischer Natur stattgefunden hat; es ist nicht bekannt geworden, daß irgendwo etwas Verdächtiges aufgefunden worden sei.

— Die peinlichste Sitzung des Reichstages war die am 15. December. Bismarck hatte im Etat des Auswärtigen 20,000 M. für Anstellung eines 2. Directors beantragt. Er trat dafür in drei Reden ein. Er schilderte, wie die Geschäfte unglaublich gewachsen seien, wie die früheren und jetzigen Stelleninhaber sich krank und todt gearbeitet hätten, wie er der Hülfe nicht entbehren, wie er ohne Hülfe nicht mehr verantwortlich für die gute Führung der Geschäfte sein könne; er wies darauf hin, wie seine Vorgänger im Amt alle paar Jahre eine Mobilmachung herbeigeführt hätten, die viele Millionen kosteten, wie er seit 1870 diese Millionen dem Reiche erspart habe trotz der gefährlichsten Krisen, es half Alles nichts, der Reichstag lehnte die Forderung mit 141 gegen 119 Stimmen ab. Die Ablehnenden waren das Centrum, die Deutschfreisinnigen, die Sozialdemokraten, die Wel-

fen und Polen. Ihre Redner waren v. Löwe, Hänel, Bollmar und E. Richter. — Löwe sagte: das Bedürfnis ist nicht nachgewiesen, es wird schon gehen, Richter: wir müssen sparen, Bollmar: der Kanzler will die Nothwendigkeit auf seinen Amtseid nehmen, die Gerichte haben aber schon üble Erfahrungen mit Amtseiden gemacht, womit ich übrigens den Kanzler nicht persönlich gemeint haben will. Bismarck: Man will mir nun auch die auswärtige Politik sauer machen, aber das Volk und sogar das Ausland wird Sie nicht verstehen. — Es sei hier noch erwähnt, daß dieser ablehnende Beschluß des Reichstages im Lande große Unzufriedenheit hervorgerufen hat und als ein sehr unpatriotischer verurtheilt wird.

— Nach dem, was wir am Montag im Reichstag erlebt, wäre es jetzt Sache des Volkes, Sache der Wähler, zu sprechen, äußert sich die „Nat.-Lib. Correspondenz“. Wir haben schon mehr als einmal in Zeiten erregter Spannung erfahren, wie eine mächtige Strömung das Volk ergriff, wie dieses selbst seinen Willen auf's Unzweideutigste aussprach und damit eine ausschlaggebende Wirkung erzielte. Mächten in den nächsten Tagen und Wochen die Wähler allenthalben zusammenzutreten und Zeugniß ablegen, ob sie es wirklich billigen, daß der Reichstag dem Leiter unserer auswärtigen Politik ein Paar Tausend Mark verweigert, mit denen die Hilfskräfte beschafft werden könnten, ohne welche der Reichskanzler die Geschäfte nicht mehr genügend führen zu können erklärte. Namentlich an die Wähler deutsch-freisinniger Abgeordneter richten wir die Aufforderung, unter sich Rath zu pflegen, ob sie damit einverstanden sind, daß eine deutsch-freisinnig-ultramontane Mehrheit dem Fürsten Bismarck die Mittel zur genügenden Fortführung der Geschäfte verweigert, und wenn sie nicht damit einverstanden sind, so mögen sie ihre entgegen-gesetzte Meinung in Adressen und Resolutionen niederlegen und für fernere Wahlen sich das nichtwürdige Votum vom 15. December merken. Ohne allen Zweifel würde der Beschluß eine vollständig genügende Handhabe zur Reichstagsauflösung bieten, und ein unter diesem Zeichen erfolgbarer Appell an das Volk die erwünschte nationale Mehrheit in die Volksvertretung führen. Indessen, wenn auch jetzt die Wähler nicht zur Wahlurne berufen werden, so dürfen sie sich doch nicht entziehen lassen, ein Wort dazwischen zu reden, ob sie wirklich mit der Aufführung des Reichstages am 15. December einverstanden sind.

— Ein Verein von Deutschen in Paris stellte dem Reichskanzler zunächst für ein Semester die Summe zur Verfügung, welche für die Creirung einer zweiten Directorstelle im auswärtigen Amt erforderlich sei. — Aus dieser Handlungsweise der Deutschen im Auslande, kann man ersehen, daß ihnen der Ruhm und die Größe ihres Vaterlandes mehr am Herzen liegt, als vielen Mitgliedern des Reichstages.

— Zum Anarchistenprozeß berichtet die „Elberfeld. Bzg.“ aus Leipzig: Obgleich nicht Freunde von Sensationsnachrichten, glauben wir dennoch die aus bester Quelle uns zugegangene Nachricht registriren zu müssen, daß in voriger Woche in Gera drei mit Sprengmassen ausgerüstete Individuen, die zur